

# Landeshauptstadt Potsdam

## Evaluation des bisherigen Haupt- stadtvertrages

im Hinblick auf eine Verlänge-  
rung über das Jahr 2006 hinaus

Potsdam, im November 2005



**ift** Köln

Wankelstraße 9

50996 Köln

Tel: 02236-83400

Fax: 02236-43045

**ift Büro Potsdam**

Benkertstraße 13

14467 Potsdam

Tel: 0331-2008340

Fax: 0331-2008346

**INHALTSVERZEICHNIS**

	<b>Seite</b>
<b>1. EINLEITUNG .....</b>	<b>3</b>
<b>2. METHODIK UND HERANGEHENSWEISE .....</b>	<b>4</b>
<b>3. VERWENDUNG DER HAUPTSTADTMITTEL 1992 – 2004.....</b>	<b>6</b>
<b>4. EFFEKTE DES HAUPTSTADTVERTRAGES .....</b>	<b>9</b>
<b>5. (KÜNFTIGE) AUFGABENBEREICHE.....</b>	<b>13</b>
<b>6. AUFWENDUNGEN UND FOLGEKOSTEN .....</b>	<b>15</b>
<b>7. FAZIT UND EMPFEHLUNGEN .....</b>	<b>16</b>

## 1. EINLEITUNG

1992 wurde zwischen dem Land Brandenburg und der Landeshauptstadt Potsdam eine Vereinbarung getroffen, in der im Hinblick auf die Aufgaben der Stadt Potsdam als Landeshauptstadt eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit sowie Grundsätze für finanzielle Leistungen des Landes festgehalten worden sind.

Die nunmehr vierte Fortschreibung dieser Vereinbarung mit dem Titel „Hauptstadtvertrag“ gilt bis zum 31.12.2006. Spätestens ein Jahr vor Ablauf des Vertrages wird dem „Gemeinsamen Ausschuss Landeshauptstadt Potsdam“ (Hauptstadtausschuss) ein Vorschlag vorgelegt, ob und ggf. wie dieser Vertrag verlängert werden soll. Neben der grundsätzlichen Frage nach einer Fortsetzung dieser Vereinbarung (und den damit verbundenen Haushaltsmitteln) ist insbesondere die künftig anteilige Verwendung dieser Mittel im investiven und im konsumtiven Bereich von Bedeutung. In der ersten Vereinbarung von 1992 sind 10% der Hauptstadtmittel dem Verwaltungshaushalt zugestanden, der Rest ist ausschließlich investiven Maßnahmen vorbehalten. Die jüngste und aktuelle vertragliche Vereinbarung von 2001 hat den Verfügungsrahmen für konsumtive Ausgaben auf 20% erweitert.

Vor diesem Hintergrund ist nach Erörterung im Hauptstadtausschusses die *ift* – Freizeit- und Tourismusberatung GmbH von der Landeshauptstadt Potsdam im Juni 2005 beauftragt worden, eine Evaluation des bisherigen Hauptstadtvertrages im Hinblick auf eine Verlängerung über das Jahr 2006 hinaus durchzuführen und das Ergebnis als eine der Entscheidungsgrundlagen vorzustellen.

Der **in Chartform vorliegende Abschlussbericht** wird hiermit - **ergänzt durch diese zusammenfassenden textlichen Ausführungen** - dem Gemeinsamen Ausschuss Landeshauptstadt Potsdam vorgelegt.

Allen Gesprächspartnern beim Land Brandenburg und insbesondere bei der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam sei an dieser Stelle noch einmal ein herzlicher Dank für die engagierten Gespräche und die allzeit tatkräftige Unterstützung ausgesprochen!

Potsdam, im November 2005

*ift* – Freizeit- und Tourismusberatung GmbH



Stefan Frerichs

Projektleiter

## 2. METHODIK UND HERANGEHENSWEISE

*(Chartbericht Folie 3 – 8)*

Die Evaluation wurde in drei Stufen vorgenommen. Es handelt sich hierbei um die Auswertung der bisherigen Mittelverwendung (Rückblick), die Untersuchung des erreichten Entwicklungsstandes der Landeshauptstadt mit Blick auf die Mittelverwendung (Effekte des Hauptstadtvertrages, „Status Quo“) und die Ermittlung und Quantifizierung der künftigen Aufgaben der Landeshauptstadt Potsdam mit einer Relevanz zum Hauptstadtvertrag.

Insbesondere die rückwirkende Betrachtung sowie die Untersuchung der künftigen Aufgabenbereiche wurden auf der Grundlage zahlreicher Fachgespräche mit den einzelnen Geschäftsbereichen der Landeshauptstadt Potsdam geführt. Grundsätzlich reflektiert wurde der Hauptstadtvertrag weiterhin in Gesprächen mit den einzelnen Landesressorts, genauer mit den Vertretern des Gemeinsamen Ausschusses Landeshauptstadt Potsdam.

### Rückblick

Es wurden zunächst die Verwendungen der Hauptstadtmittel 1992 bis 2004 auf Grundlage der entsprechenden Projektliste des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg (MIR) vom 02.03.2005 ausgewertet. Dabei wurden die Mittel der insgesamt 158 Einzelmaßnahmen räumlich auf Entwicklungsschwerpunkte in Potsdam bzw. thematischen Aufgabenfeldern zugeordnet.

Die Bereiche sind:

- **Potsdamer Innenstadt**  
(Grünes Gitter - Luisenplatz - Brandenburger Straße - Holländerviertel-Bassinplatz)
- **Potsdamer Mitte**  
(Lindenstraße - Dortustraße - Neuer Markt - Alter Markt - Lustgarten - Breite Straße)
- **Kulturstandort Schiffbauergasse**  
(Hans-Otto-Theater, Zentrum für Kunst und Soziokultur)
- **Gesamtstädtische Maßnahmen**  
(Planungen, Konzepte, Einzelmaßnahmen)
- **Repräsentative Veranstaltungen**  
(Stadt- und Sportfeste, Kulturveranstaltungen)
- **Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing**
- **Repräsentative Aufgaben, Internet, Messen**

Weiterhin wurden die Kosten insgesamt sowie gegliedert nach Vermögens- und Verwaltungshaushalt für diese Bereiche ermittelt und dargestellt.

### Effekte Hauptstadtvertrages

Anhand einiger Einzelbeispiele wurden Entwicklungen, Aktivitäten und Maßnahmen mit einer Relevanz zum Hauptstadtvertrag beleuchtet, um insbesondere die überregionale Ausstrahlung der Landeshauptstadt und damit die Erfüllung der Aufgaben in ihrer Repräsentanzfunktion für das Land Brandenburg zu untersuchen.

Mit Hilfe weiterer Parameter sind die direkten Auswirkungen hinsichtlich Attraktivität, Störfaktoren, Wahrnehmung, Besucherherkünfte usw. im direkten Vergleich zum Land Brandenburg dargestellt und ein Ausblick auf künftig zu erwartende Marktentwicklungen getätigt worden.

### Künftige Aufgaben der Landeshauptstadt Potsdam

Zunächst wurden die auch künftig weiterhin „laufenden“, Hauptstadtvertrag-relevanten Maßnahmen auf der bisherigen Grundlage für die Folgejahre ab 2007 ermittelt. Im nächsten Schritt sind Projekte, die (aktuell) im Zusammenhang mit dem Hauptstadtvertrag realisiert wurden, betrachtet und hinsichtlich entstehender Folgekosten analysiert worden.

Mit Blick auf die formulierten Intensionen des Hauptstadtvertrages sind dann abschließend weitere Aufgabenbereiche untersucht und dargestellt worden, die (aufgrund aktueller Entwicklungen) künftig eine wichtige Rolle spielen können und zu berücksichtigen sind.

Diese Kostenermittlungen der insgesamt 38 untersuchten Einzelmaßnahmen bzw. –aufgaben wurden schließlich auf die unter „Rückblick“ zusammengestellten Entwicklungs- bzw. Aufgabenbereiche projiziert, um eine direkte Vergleichbarkeit zu erlangen. Dabei sind bereits dargestellte Mittel (z.B. durch Eigeneinnahmen, sonstige Zuwendungen usw.) **nicht** eingerechnet worden. Dargestellt wurden die tatsächlichen Aufwendungen zu Lasten des städtischen Haushaltes und Mittel des Hauptstadtvertrags, soweit sich eine weitere Zuordnung aus bisheriger Praxis der Mittelverwendung ableiten ließ. Dabei ergaben sich die Kosten für eine „Jahresscheibe“ anhand von vorliegenden Jahresabschlüssen bzw. Wirtschaftsplanentwürfen oder im Falle von bekannten Gesamtsummen rechnerisch als Durchschnittswert pro Jahr (fünf Jahre, 2007 bis 2011).

Die so ermittelten und dargestellten Hauptstadtvertrag-relevanten Aufwendungen - wiederum differenziert in die konsumtiven und investiven Bereiche - ergeben ein Gesamtbild, das die Verhältnismäßigkeit dieser künftig zu erwartenden Aufgaben und Kosten deutlich aufzeigt und eine Beurteilungs- und Diskussionsgrundlage für eine Fortschreibung des Hauptstadtvertrages 2007 bis 2011 liefert.

Für die weitere Betrachtung wurden abschließend aus gutachterlicher Sicht auf der Grundlage der Ergebnisse und Erkenntnisse Empfehlungen für die weitere Verwendung der Hauptstadtmittel als Schlussfazit ausgesprochen.

### 3. VERWENDUNG DER HAUPTSTADTMITTEL 1992 – 2004

*(Chartbericht Folie 9 – 17)*

In den Jahren 1992 bis 2004 sind jährlich rund fünf Mio. € an Hauptstadtmitteln zur Verfügung gestellt worden. 1996 und 1997 wurden die Mittel auf rd. 2,5 Mio. € reduziert, so dass sich für den Gesamtzeitraum ein Betrag von 51,58 Mio. € ergibt. Seit 1996 sind die Hauptstadtmittel auch im konsumtiven Haushalt verausgabt worden, rechnerisch über die gesamten 13 Jahre mit einem Anteil von 8,39 %.

Mit rd. 20,6 Mio. € entfiel der größte Anteil auf den Bereich „Potsdamer Innenstadt“, gefolgt von dem „Kulturstandort Schiffbauergasse“ mit rd. 15,3 Mio. €. Es folgen der Aufgabenbereich „Gesamtstädtische Maßnahmen“ (rd. 7,8 Mio. €), „Potsdamer Mitte“ (rd. 4,7 Mio. €), „Repräsentative Veranstaltungen“ (rd. 2,4 Mio. €) und „Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing“ (rd. 0,8 Mio. €).

In den drei räumlichen Entwicklungsbereichen sowie bei „Gesamtstädtische Maßnahmen“ ist der konsumtive Anteil der Mittel gegenüber den Investitionen praktisch zu vernachlässigen. Ein umgekehrtes Verhältnis ergibt sich bei der Betrachtung der Bereiche „Repräsentative Veranstaltungen“ und „Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing“.

#### Zwischenfazit:

Die Konzentration der Hauptstadtmittel auf Entwicklungsschwerpunkte bzw. -bereiche und auf gesamtstädtische Maßnahmen haben in der Vernetzung der thematischen Vielfalt, u.a.

- städtebauliches Erscheinungsbild,
- Verkehr,
- Kultur- und Sportangebote,
- repräsentative Aufgaben und Funktionen,

zu einer intensiven und erfolgreichen Entwicklung der LHP geführt.

Die zahlreichen Einzelmaßnahmen sind überwiegend in ihrer Gesamtwirkung zu sehen, in der Tat ist hier „der Gesamterfolg mehr als die Summe seiner Bestandteile“. Die Durchführung repräsentativer Stadtfeste und kultureller Veranstaltungen innerhalb entsprechend entwickelter städtebaulicher Rahmenbedingungen sind ein wesentliches Beispiel für diese Wechselbeziehungen.

Sämtliche Einzelmaßnahmen (u.a. auch die sog. „singuläre Attraktivitätsprofile“) sind darüber hinaus in ihrer Hauptstadtrelevanz gewürdigt und durch die Festlegungen des Hauptstadtausschusses definiert worden.

Einzelmaßnahmen mit z.T. überregionaler Wirkung und Repräsentanz wären ohne Mittel aus dem Hauptstadtvertrag nur schwerlich verwirklicht worden und entsprechende positive Entwicklungen nicht zu verzeichnen. Beispiele hierfür sind

- Hans-Otto Theater
- Musikfestspiele Potsdam
- Nikolaisaal
- Haus der Brandenburgisch Preußischen Geschichte
- Schlössermarathon
- u.a.

Es kann festgestellt werden, dass die Intentionen des Hauptstadtvertrages mit den bisherigen Maßnahmen auch in der beabsichtigten Gesamtwirkung erfolgreich umgesetzt wurden. Diese Intentionen sind aktuell in dem Hauptstadtvertrag vom 12.12.2001 wie folgt definiert worden:

*Die Landesregierung unterstützt die Stadt bei der Wahrnehmung ihrer hauptstadtbedingten Aufgaben, speziell in den Bereichen*

- *Standorte und Infrastruktur für Landtag und Landesregierung*
- *Kulturangebot von landesweiter Bedeutung*
- *Repräsentatives Stadtbild und Stadtgestaltung, Image und Identifikation für das Land Brandenburg*
- *Repräsentationsaufgaben*
- *Sportveranstaltungen von internationaler Bedeutung*
- *Programme, Konzeptionen und Wettbewerbe zur Integration der Hauptstadtaufgaben in die Stadt- und Regionalentwicklung*
- *Singuläre Attraktivitätsprofile*

Vertiefend hat der Hauptstadtausschuss ein Jahr später am 12.12.2002 folgende weiterführende Aussagen getroffen:

*Anliegen der Mitglieder des Hauptstadtausschusses:*

- *Zielrichtung des politischen Willens aus dem HV zur Verwendung der Hauptstadtmittel noch stärker zur Geltung bringen*
- *Einsatz der Verwendung der Mittel des Hauptstadtvertrages im Bereich des VWHH exakter zu bestimmen*
- *Stadt Potsdam mehr Verantwortung bei der Unterbreitung von Vorschlägen im Rahmen des VWHH übertragen*

*Schwerpunkte bei der Verwendung der Mittel im Rahmen des VWHH:*

- *Hauptstadtmittel benutzen, um andere Fördermittel zu akquirieren*

- *Hauptstadtmittel benutzen, um den bei Fördermitteln notwendigen Kommunalen Eigenanteil zu ersetzen*
- *Veranstaltungen durchführen, die auf das Land ausstrahlen*
- *Finanzierung von Projekten, die in Objekten stattfinden, die durch Hauptstadtmittel finanziert wurden*

Begriff „Hauptstadtrelevanz“ wird ersetzt durch „Entwicklung des *Images als Landeshauptstadt*“ („Markenzeichen - Landeshauptstadt“)

## 4. EFFEKTE DES HAUPTSTADTVETRAGES

*(Chartbericht Folie 18 – 34)*

Die folgenden Einzelfallbeispiele und Erhebungen wurden für die Ermittlung der durch den Hauptstadtvertrag bedingten „Effekte“ herangezogen. Die Beispiele wurden mit Blick auf Sachverhalte wie „überregionale Ausstrahlung“, „Gewerbeansiedlung“, „Kulturstandort“, „Sportstadt“ sowie auf touristische Daten und Erhebungen ausgewählt.

### Tag der Deutschen Einheit

Der 3. Oktober 2005 wurde aufgrund des aktuellen Vorsitzes des Landes Brandenburg im Bundesrat der Bundesrepublik Deutschland dieses Jahr in der Landeshauptstadt Potsdam veranstaltet. Die sehr prominent und gut besuchten Feierlichkeiten und Veranstaltungen mit ranghöchsten Repräsentanten von Kirche und Staat, über 500.000 Besuchern, Vertretungen sämtlicher Bundesländer sowie mit bundesweiter Medienberichterstattung wurden erfolgreich in der Potsdamer Mitte vor wesentlich durch den Hauptstadtvertrag geförderter Kulisse durchgeführt.

### Karstadt / Fußgängerzone Brandenburger Straße

Der Karstadtkonzern hat sich gerade hinsichtlich der nicht unproblematischen Situation des Gesamtkonzerns entschieden, in der Landeshauptstadt Brandenburgs zu investieren. Von Bedeutung ist dies insbesondere vor der Gesamtsituation des Einzelhandels (Warenhäuser) in ganz Brandenburg, der gegebenen Arbeitsmarktsituation sowie der zunehmend abfließenden Kaufkraft nach Berlin. Die Sanierung der Brandenburger Straße als Grundvoraussetzung für eine attraktive, sich erfolgreich entwickelnde Innenstadt bzw. Fußgängerzone wurde maßgeblich mit Hauptstadtmitteln ermöglicht.

### Backwarenhersteller Kamps AG (Düsseldorf)

Dieses sehr aktuelle Beispiel (Berichterstattung September 05) verdeutlicht die Vernetzung bei der Entwicklungen der Landeshauptstadt und der Regionen im Land Brandenburg und die damit verbundene zentrale Funktion der Landeshauptstadt Potsdam. Der Standort Potsdam wurde für das neue Logistikzentrum des Unternehmens ausgewählt, von dem aus künftig die Einkaufszentren in der Region Berlin/Brandenburg beliefert werden. Zugleich wird die zum Unternehmen gehörende Großbäckerei in Bernau (Barnim) entsprechend ausgebaut.

### VW Designzentrum / Oracle

Die Ansiedlung eines weiteren VW-Designerzentrums (anderer Standort: Barcelona, Spanien) sowie der Europa-Vertriebszentrale des Softwarekonzerns

Oracle ist zweifellos der Besonderheit des entstehenden Kultur- und Gewerbegebietes Schiffbauergasse am Tiefen See „geschuldet“. Diese Ansiedlungen mit Auswirkungen auch auf den Arbeitsmarkt sind vor allem durch die Entwicklung des soziokulturellen Zentrums und insbesondere des Theaterneubaus an diesem Standort unter Verwendung erheblicher Hauptstadtmittel gefördert bzw. ermöglicht worden

### „KulturGewerbeQuartierSchiffbauergasse“

Die Entwicklung des Integrierten Kultur- und Gewerbebestands Schiffbauergasse in Potsdam hat das Ziel, ein „Quartier“ für Kunst und Kultur in unmittelbarer Verbindung mit vielfältigen gewerblichen Funktionen und überregionaler Ausstrahlung zu etablieren. Es sollen damit innovative Impulse für Beschäftigung und überregionales Wachstum erzeugt werden. Die Landesagentur für Struktur und Arbeit des Landes Brandenburg (LASA) hat am 31.08.05 einen Bewilligungsbescheid im Rahmen der Kampagne „Innopunkt14 – Allianzen zwischen Kultur und Wirtschaft“ der Landeshauptstadt für dieses Projekt erteilt.

### Forum Neuer Markt

In die Sanierung des Neuen Marktes sind in Größenordnungen Hauptstadtmittel geflossen. Hier haben sich unterschiedliche Landeseinrichtungen (Kultur, Tourismus) angesiedelt. Dieser Standort wird z.B. anlässlich des 3. Oktobers 2005 vom Land Brandenburg zur Präsentation diverser Kultureinrichtungen des Landes Brandenburg mit ihren Programmangeboten und Spielplänen ausgewählt und entsprechend beworben. Die Einrichtung „Forum Neuer Markt“ (Zentrum geistes- und kulturwissenschaftlicher Einrichtungen in Potsdam) befasst sich mit stark überregionalen Themenstellungen, wie z.B. 2003 mit „Potsdam in Europa“ als Handlungs- und Erinnerungsort in Brandenburg. Diese Vortragreihe thematisiert u.a. „die fundamentale Ambivalenz des preußisch-deutschen Beitrags zur gemeinsamen europäischen Vergangenheit“ und wurde u.a. vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg gefördert.

### Musikfestspiele Sanssouci und Nikolaisaal Potsdam gGmbH

Beispielhaft für die stark überregionale Ausstrahlung der mit Mitteln des Hauptstadtvertrages realisierten Einrichtung kann hier die Gemeinschaftsproduktion der Musikfestspiele und dem Bayreuther Festival genannt werden. Die Aufführung der Vivaldi-Oper im Markgräflichen Opernhaus Bayreuth zum Bayreuther Barock 2004 führte zu einer intensiven und sehr positiven bundesweiten Medienberichterstattung stets unter Nennung der brandenburgischen Landeshauptstadt Potsdam.

### Tulpenfest

2005 wurde im Holländerviertel das 10. Tulpenfest in der mit Hauptstadtmitteln geförderten „Kulisse“ durchgeführt. Trotz erhöhter Eintrittspreise wurde wieder ein „enormer“ Besucherandrang mit mehr als 45.000 Gästen verzeichnet und die Veranstalter vom Botschafter der Niederlande als die „populärste deutsch-holländische Veranstaltung“ betitelt.

### Sportstadt

Mit der erfolgreichen Durchführung des ersten „Potsdamer Schlössermarathon 2004“ durch den Stadtsportbund Potsdam e.V. hat die Stadt Potsdam ihren überregionalen Ruf als Sportstadt weiter gefestigt. Mit der Unterstützung von z.T. international bekannten Sportartikelherstellern konnte bereits die Teilnehmerzahl beim zweiten Schlössermarathon 2005 um ein Drittel gesteigert und der prozentuale Anteil von deutschlandweiten und internationalen Teilnehmern vergrößert werden. Unter der Rubrik „Sport“ wird diese Veranstaltung Hauptstadtmittel gefördert.

### Touristische Daten und Erhebungen

Die Entwicklung der Landeshauptstadt Potsdam ist aus touristischer Sicht erfolgreich. Seit 1994 hat sich die Zahl der Übernachtungen mit annähernd 700.000 Übernachtungen in 2004 mehr als verdreifacht. Bei der Befragung von Gästen (2002) zu „Attraktivitätsfaktoren“ werden im Land Brandenburg als deutlich stärkste Nennung „Natur/Landschaft/Alleen“ aufgeführt. In der Stadt Potsdam sind es hingegen „Sehenswürdigkeiten“ und „Freizeit-/Kultur-/Unterhaltungsangebote“.

(Als herausragende „Störfaktoren“ werden in Potsdam übrigens „fließender Verkehr/Verkehrsanbindung“ und „Ortsbild/Sauberkeit“ am weitaus häufigsten genannt.)

Bei der Frage nach der Herkunft der Gäste ergibt sich ein überraschend deutliches Bild mit Blick auf die überregionale Ausstrahlung der Landeshauptstadt gegenüber dem Land Brandenburg:

Sehr viele Übernachtungsgäste im Land Brandenburg kommen aus dem PLZ-Bereich „10“ (32%) und „00“ (13,9%), die kleinste Gruppe sind Ausländer (3,2%). In Potsdam hingegen sind die Ausländer mit über 16 % die stärkste Gruppe.

Betrachtet man die Herkunft der Potsdamer Übernachtungsgäste nach Bundesländern, so wird der Unterschied zum Land Brandenburg noch deutlicher.

Rund 2/3 der Potsdamer Gäste kommen aus den Bundesländern, die an der westlichen Grenze Deutschland liegen bzw. aus dem Ausland:

- Ausland: 16,4%
- Nordrhein-Westfalen: 13,0 %

- Baden-Württemberg: 9,4 %
- Niedersachsen: 8,5 %
- Bayern: 8,5 %
- Rheinland-Pfalz: 7,9 %
- *Summe: 63,7%*

Es wird deutlich, dass die Landeshauptstadt Potsdam rund zwei Drittel ihrer Übernachtungsgäste bundesweit aus weit entfernten Bundesländern rekrutiert und diese Gäste somit in das Bundesland Brandenburg führt.

Betrachtet man vor diesem Hintergrund weiterhin die im Auftrag der TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH erstellten Produktlinienanalyse (2004) , so ist festzustellen, dass „Kultur mit den Aufenthaltsarten Besichtigungs-, Bildungs- und Studienreisen, Veranstaltungs-/Eventreisen sowie Städtereisen“ entsprechend auch zu den zentralen Produktlinien von Brandenburg gehören.

Weiterhin wird ausgesagt, dass „das Thema Kultur am ehesten geeignet ist, Brandenburg national und international zu etablieren. Städtereisen in Brandenburg werden daher sehr vom Kulturangebot bestimmt. Große Wachstumschancen im Städtetourismus werden vor allem für Potsdam gesehen“.

## 5. (KÜNFTIGE) AUFGABENBEREICHE

*(Chartbericht Folie 35 – 56)*

Mit den Erkenntnissen aus der rückwärtigen Betrachtung der Hauptstadtmitte-Verwendung und dem in diesem Zusammenhang ermittelten „Status Quo“ wurden in den einzelnen Geschäftsbereichen, Fachbereichen und Bereichen der Stadtverwaltung eine Vielzahl von Gesprächen geführt und Finanzplanungen sowie Haushaltsplanentwürfe ausgewertet.

Hierdurch konnte ein bereits im Kapitel „Methodik und Herangehensweise“ erläuteter Gesamtüberblick über fortlaufende und künftige Aufwendungen im Zusammenhang mit den Intentionen des Hauptstadtvertrages zusammengestellt werden.

Die einzelnen Maßnahmen und Projekte wurden auf ihre bisherigen Zusammenhänge mit dem Hauptstadtvertrag untersucht, in der Gesamtsituation der Finanzierung des Projektes dargestellt und schließlich mit realistischen („seriösen“) Kostenanteilen für eine mögliche Hauptstadtvertrag-Relevanz beziffert.

Es wurden folgende Aufgabenbereiche untersucht:

- Wirtschaftsförderung (hier: Messen & Veranstaltungen)
- Marketing / Kommunikation
- Rahmenbedingungen (Haushalt LHP)
- Stadt- und Landesbibliothek
- Haus der Brandenburgisch Preußischen Geschichte
- Museum für Naturkunde und Umwelt
- Museum für Geschichte und Kunst
- Hans-Otto-Theater
- Nikolaisaal
- Musikfestspiele
- Kulturelles Standortmarketing
- Betriebs- und Marketingkonzept Schiffbauergasse / ZKS
- Sportveranstaltungen
- Graffiti-Beseitigung
- Reinigung Innenstadt
- Familienfreundliches Potsdam
- Pilotprojekt „Junges Potsdam“
- Lärmschutz „Kultur“
- Behandlungsplatz für den Massenanfall von Verletzten
- Pflege öffentlicher Anlagen/Verkehrsflächen
- Potsdamer Mitte

Die insgesamt 38 Einzelmaßnahmen aus den Geschäftsbereichen

- GB Oberbürgermeister
- GB 1: Zentrale Steuerung und Service
- GB 2: Bildung, Kultur, Sport
- GB 3: Stadtentwicklung und Bauen
- GB 4: Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz

sind **detailliert dem Chartbericht zu entnehmen.**

## 6. AUFWENDUNGEN UND FOLGEKOSTEN

*(Chartbericht Folie 57 – 60)*

Die folgenden Kostenangaben resultieren aus der erläuterten Ermittlungen (siehe Kapitel „Methodik und Herangehensweise“) der **Gesamtkosten** von Projekten und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Hauptstadtvertrag. Sie stellen in der Höhe natürlich keine „Forderung“ an den künftigen **Hauptstadtvertrag** dar, sondern dienen vor allem einer Einschätzung zur Verhältnismäßigkeit der künftigen Aufgaben.

In der Gesamtsummierung der Folgekosten zeigt sich, dass künftig die „Potsdamer Mitte“ mit rd. 7,3 Mio. € deutlich den stärksten Finanzierungsbedarf hat. Es folgen der „Kulturstandort Schiffbauergasse“ mit rd. 4,3 Mio. € und der Bereich „Gesamtstädtische Maßnahmen“ mit rd. 3,1 Mio. €. Etwa 1,9 Mio. € werden für den Bereich „Potsdamer Innenstadt“ veranschlagt. Mit im Verhältnis gesehen geringen Aufwendungen verbleiben die Bereiche „Repräsentative Veranstaltungen“ (rd. 0,6 Mio. €) und „Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing“ (rd. 0,3 Mio. €).

Bei der Differenzierung dieser künftigen Aufwendungen in investive und konsumtive Kosten ergibt sich für die „Potsdamer Mitte“ in etwa das bisherige, gewohnte Bild in der Verteilung: rd. 6,5 Mio. € für den Vermögenshaushalt stehen rd. 0,8 Mo. € aus dem Verwaltungshaushalt gegenüber.

Für die Bereiche „Potsdamer Innenstadt“, „Kulturstandort Schiffbauergasse“ und „Gesamtstädtische Maßnahmen“ ergibt sich jedoch eine volkständige Umkehrung der bisherigen Verhältnisse. Nahezu in der gesamten Summe sind diese künftigen Aufgaben in diesen Bereichen dem städtischen Verwaltungshaushalt zuzuordnen.

Die Bereiche „Repräsentative Veranstaltungen“ und „Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing“ haben weiterhin überwiegend konsumtive Ausgaben, die investiven Aufwendungen gehen hier künftig sogar gegen Null.

## 7. FAZIT UND EMPFEHLUNGEN

*(Chartbericht Folie 61 – 65)*

Vor dem Hintergrund der gewonnenen Erkenntnisse lassen sich aus gutachterlicher Sicht das folgende Fazit ziehen und entsprechende Empfehlungen formulieren:

Die ermittelten künftige Gesamtkosten pro Jahr belaufen sich auf insgesamt 17,43 Mio. €. (Dies sind städtische Aufwendungen plus mögliche Mittel aus dem Hauptstadtvertrag und in der Summe nicht als „Forderung“ an den Hauptstadtvertrag zu sehen.)

Zentrale investive Aufgabe in den HV-relevanten Bereichen ist die weitere Entwicklung der Potsdamer Mitte mit dem neuen Sitz des Landtages.

Die Bereiche

- Potsdamer Innenstadt
- Kulturstandort Schiffbauergasse
- Gesamtstädtische Maßnahmen
- Repräsentative Veranstaltungen
- Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing

erfordern zu einem wesentlichen Anteil konsumtive Haushaltsmittel.

Die ermittelten HV-relevanten Gesamtkosten stehen somit insgesamt in einem Verhältnis von

- 60,5 % Verwaltungshaushalt (rd. 10,6 Mio. €) zu
- 39,5 % Vermögenshaushalt (rd. 6,9 Mio. €).

Den investiven Maßnahmen (Potsdamer Mitte, Sanierung Bibliotheksgebäude, Sanierung/Umbau Museen, Abfallbehälter, Lärmschutz) wird eine hohe Bedeutung im Sinne der Intensionen des HV beigemessen. (Hinzuweisen ist auf die Nennungen „Fließender Verkehr/Verkehrsanbindung“ als stärkster Störfaktor bei Besuchern (2001/02).)

In der künftigen Verwendung der Hauptstadtmittel wird jedoch eine stärkere Konzentration auf eine angemessenen Qualitätssicherung im Zusammenhang mit den geschaffenen investiven Voraussetzungen als dringend erforderlich erachtet.

Dieses bedeutet eine Konzentration auf Betrieb, Bespielung, Wartung, Pflege etc. der investiven Projekte auf angemessenem Niveau. Diese Konzentration fördert (auf der Grundlage der geschaffenen Werte) die Zielsetzungen des

Hauptstadtvertrages (Repräsentanz, Attraktivität, Image, Identifikation usw.) und entspricht u.a. auch der ergänzenden Beschlussfassung des Hauptstadtausschusses (siehe Kapitel „Verwendung der Hauptstadtmittel 1992 – 2004“).

Die beschriebenen konsumtiven Maßnahmen werden maßgeblich die sog. „weichen Standortfaktoren“ positiv beeinflussen, mit der Potsdam in einer „Sonderstellung mit Markencharakter“ in Brandenburg (zusammen mit dem „Spreewald“) seine repräsentative Funktion für das Land Brandenburg optimal erfüllen kann (vergl. u.a. Herkunft der Besucher in Brandenburg und Potsdam im Kapitel „Effekte des Hauptstadtvertrages“).

Diese u.a. aus tourismusrelevanten Untersuchungen abgeleiteten Schlussfolgerungen haben als „weiche Standortfaktoren“ identische Bedeutung für die gemeinsame und nicht zu trennende prosperierende Entwicklung des Landes Brandenburg und der Landeshauptstadt Potsdam als Wirtschafts- und Wohnstandorte.

Im Beschluss des Hauptstadtausschusses 2002 sind konkretisierende Aussagen zur Zielrichtung des politischen Willens zur Verwendung der HV-Mittel und zum VWHH getroffen worden. Im Vorfeld einer weiteren Verlängerung des HV über das Jahr 2006 hinaus ist eine Evaluation des HV veranlasst worden. Auch im Zuge der Untersuchungen für diese Evaluierung hat sich zunehmend das Gefühl für eine notwendige „Zeit der Besinnung“ und Neuorientierung eingestellt.

Absehbar werden sich die finanziellen Rahmenbedingungen auf landes- und kommunaler Ebene auch künftig nicht verbessern. Die in gemeinsamer Anstrengung über den HV geschaffenen Vermögenswerte sind kein Selbstzweck, sondern dienen auch den im Hauptstadtvertrag definierten übergeordneten Zielen. Gemeinsames Ziel muss es sein, die geschaffenen Werte zu erhalten und die damit verbundenen eintretenden positiven Entwicklungen weiter zu stärken.

Eine weiterhin schwerpunktmäßige Unterstützung investiver Vorhaben unter Ausblendung der Situation in der LHP (Bespielung, Nutzung, Pflege etc.) wird diesen Zielen nicht entsprechen. Ein weiteres Festhalten an der fast vollständig investiv orientierten Verausgabung der HV-Mittel wird im Sinne einer Wahrung der erreichten Erfolge sowie der weiteren Ziele dauerhaft daher zum jetzigen Zeitpunkt als kontraproduktiv angesehen.

Zu Beginn der Untersuchungen lag ein erster überschlägiger Ansatz für eine künftige Verwendung der HV-Mittel vor (25 Mio. € 2007 bis 2011, 80% VermHH, 20% VWHH):

Investive Maßnahmen (VermHH): 20 Mio. €

- Potsdamer Mitte

Konsumtive Maßnahmen (VWHH): 5 Mio. €

- Marketing und Wirtschaftsförderung
- Sportveranstaltungen
- Kulturveranstaltungen
- Betreuung der investiv über den Hauptstadtvertrag geförderten Maßnahmen

**Die Untersuchungen haben den konzentrierten Investitionsbedarf vor allem im Bereich der Potsdamer Mitte bestätigt.**

**Soweit es die investiven Erfordernisse angesichts der jährlichen Gesamtmittel im HV erlauben, sind vor dem Hintergrund der weiteren Erkenntnisse dieser Untersuchung jedoch dringend alle Möglichkeiten zu prüfen, den VWHH auf einen Anteil von etwa bis zu einem Drittel zu stärken.**

**Noch dringlicher gilt diese Empfehlung für den Fall einer Reduzierung der jährlichen Gesamthöhe der HV-Mittel, da absolut gesehen eine deutliche Schwächung der HV-Mittel für die konsumtive Verausgabung entstände.**

**Anlage:** Chartbericht „Endbericht 24.11.2005“